

IMPRESSUM

Herausgeber	Copyright 2016, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel.: +49 (0)89 1258-0, E-Mail: info@hss.de, Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle Staatsministerin a.D.
Hauptgeschäftsführer	Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich	Ludwig Mailinger Leiter des Büros für Verbindungsstellen Washington, Brüssel, Moskau, Athen / Internationale Konferenzen Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Tel.: +49 (0)89 1258-202 oder -204 Fax: +49 (0)89 1258-368 E-Mail: mailing@hss.de

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Berichtes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Die Autoren tragen für ihre Texte die volle Verantwortung.

Die Opposition vor der Staatsdumawahl

Jawlinskij: "Falls Russland seine Innen- und Außenpolitik nicht ändert, hat es keine Perspektive."

Im September 2016 finden die Staatsdumawahlen statt. Mit Blick darauf hat die außerparlamentarische Opposition ihre Aktivitäten verstärkt (1). Ihre Erfolgsaussichten bleiben bis dato ungewiss, obwohl die anhaltende Wirtschaftsflaute Anlass zur Kritik der Regierungspolitik bietet. Diese pessimistische Prognose beruht auf unterschiedlichen Gründen (2).

1. Lage der Opposition

Für den Einzug in die Staatsduma muss eine Partei entweder die 5%-Hürde überwinden oder einen Direktwahlkreis gewinnen. Jeweils die Hälfte der 450 Mandate wird im ersten bzw. zweiten Modus vergeben. Parteien, die bisher keine Abgeordneten in die Staatsduma entsenden, müssen ein hohes Unterschriftenquorum¹ erfüllen, um zur Wahl zugelassen zu werden. Von dieser Auflage befreit sind Parteien, falls sie russlandweit mindestens einen Regionalabgeordneten stellen wie zum Beispiel die "Partei für Wirtschaftswachstum" (a), "Jabloko" (b) und "Parnas" (c).

a) Partei für Wirtschaftswachstum (ehemals "Rechte Sache")

Bei der Staatsdumawahl 2011 vereinte die "Rechte Sache" 0,6% der Stimmen auf sich (jeder Wähler hatte damals nur eine Stimme, mit der er eine Partei wählen konnte). Vor der Wahl hatte sich damals der Milliardär Michail Prochorow als Vorsitzender der "Rechten Sache" engagiert, war dann jedoch internen Ränkespielen - mutmaßlich unter Regie des Kremls - zum Opfer gefallen. Jetzt möchte der Unternehmer Boris Titow, dem eine renommierte Sektkellerei gehört, die Partei auf Erfolgskurs bringen. Der bisherige Vorsitzende Wjatscheslaw Manathanow hat kurzfristig seinen Stuhl geräumt.

In einem Interview mit der Tageszeitung "Wedomosti" skizzierte Titow, der zudem als Ombudsmann für die „Rechte der Unternehmer“ in der Präsidentialadministration fungiert und damit Staatsbeamter ist, seine politischen Vorstellungen.² Dabei stellte er sich an die Seite von Staatspräsident Wladimir Putin. Russland brauche eine Politik der Stärke, damit im Land Ordnung herrsche, so Titow. Die Grundhaltung der "Rechten Sache" charakterisierte er mit den Worten:

"Wir sind westliche Liberale, aber Patrioten."

Auch wenn eine Konfrontation mit dem Westen nicht wünschenswert sei, so müsse Russland in der Außenpolitik Stärke zeigen. Die Sanktionen schaden der Wirtschaft und müssten aufgehoben werden. Gleichwohl sei eine Politik der Stärke für das Land insgesamt gesund, so Titow. Trotz aller negativen Effekte der Sanktionen mache sich Russland das Leben aber selbst schwer. Im Rahmen einer neuen Wirtschaftspolitik wolle Titow kleine und mittlere Unternehmen genauso ansprechen wie die Industrie, ebenso die Wissenschaft und Vertreter der Kultur. Gegenwärtig sucht die "Rechte Sache" nach zugkräftigen Kandidaten. Bis jetzt wurde bekannt, dass die Staatsdumabgeordneten Oksana Dmitriewa und ihr Ehemann Iwan Gratschow (bisher "Gerechtes Russland") auf Titows Liste kandidieren werden.³

b) Jabloko

Zentrale Figur der Partei ist Grigorij Jawlinskij, Abgeordneter des Stadtparlaments in St. Petersburg.⁴ Dieser fordert Reformen (Näheres hierzu weiter unten), die in ihrer Auswirkung auf die Gesellschaft

¹ 0,5% der Wähler in Russland (über das ganze Land verteilt) müssen für eine Partei unterschreiben.

² Das Folgende nach: Wdomosti vom 24.03.2016, S. 8f.

³ Kommersant vom 26.02.2016, S. 3, und Wedomosti vom 01.03.2016, S. 2.

⁴ Kommersant vom 29.02.2016, S. 3.

der Abschaffung der Leibeigenschaft im Jahr 1861 nicht nachstehen würden, so das Wirtschaftsblatt Kommersant. Aufgrund der Tragweite dieser Forderungen führt Jabloko nicht nur einen Staatsdumawahlkampf, sondern hat Jawlinskij bereits jetzt als ihren Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2018 nominiert. In der Jabloko-Partei sieht man in ihm den einzigen zugkräftigen Kandidaten der demokratischen Kräfte. Der Oppositionelle verurteilt die Annexion der Krim und fordert einen kategorischen Politikwechsel:

"Falls Russland seine Innen- und Außenpolitik nicht ändert, hat es keine Perspektive und zerfällt aller Wahrscheinlichkeit nach. Dies ist nur eine Frage der Zeit."

Zu den Reformen gehört für Jawlinskij, so er selbst im Gespräch mit dem Autor, die Bestätigung der Unverletzlichkeit des Privateigentums und eine schrittweise Korrektur der in den 90er Jahren kriminell durchgeführten Privatisierung des Großeigentums. Der Oppositionelle kritisiert die Politik des ehemaligen Staatspräsidenten Boris Jelzin, weil sie zwar richtigerweise Staatsbetriebe privatisiert habe, jedoch auf betrügerische Weise und daher ohne den notwendigen rechtlichen Schutz. Mit Blick auf die Parlamentswahlen kann Jawlinskij als Erfolg verbuchen, dass der ehemalige Stv. Vorsitzende der Staatsduma Wladimir Rijschkow und der amtierende Abgeordnete Dmitrij Gudkow (ehemals "Gerechtes Russland") auf der Jabloko-Liste kandidieren werden.

c. Parnas / Volksfreiheit

Der Parteivorsitzende Michail Kasjanow, Premierminister der Russischen Föderation von 2000 bis 2004, wird öffentlich diskreditiert. Bisheriger Höhepunkt war ein halbstündiger Beitrag im föderalen Fernsehkanal N-TW, der bereits in der Vergangenheit "Enthüllungen" über Oppositionelle sendete. Als Aufhänger der „Dokumentation“ diente ein Treffen in vertraulicher Atmosphäre zwischen Kasjanow und seiner Referentin Natalja Pelewina, das mit einer Geheimkamera aufgezeichnet wurde. Der TV-Beitrag stützt sich auf private Äußerungen von Kasjanow und Pelewina und soll beim Zuschauer drei Haupteindrücke erwecken. *Erstens:* Zu seiner Zeit als führender Politiker habe sich Kasjanow mit Millionensummen auf Staatskosten bereichert. *Zweitens:* Pelewina erhalte finanzielle Unterstützung aus den USA und wolle die russische Politik im Sinne ihrer Geldgeber beeinflussen. Zudem wird unterstrichen, dass Kasjanow in der Vergangenheit Sanktionen gegen Moskau gefordert hat. *Drittens:* Kasjanow und der Oppositionelle Alexej Nawalnij, dessen Anhänger im Rahmen der "Demokratischen Koalition" auf der Parnas-Liste kandidieren sollen, gäben sich in der Öffentlichkeit als eingeschworene Partner. Doch eigentlich gehe es Kasjanow darum, Nawalnijs Anhängerschaft klein zu halten. Und überhaupt stelle sich Kasjanow, der sich nach außen als Demokrat gebe, keiner parteiinternen Nominierung, sondern habe eigenmächtig den ersten Listenplatz für sich reserviert. Als Folge des TV-Beitrags schlägt Kasjanow innerhalb der "Demokratische Koalition" starker Gegenwind entgegen. Dem Bündnis droht der Zerfall.⁵

Zur "Demokratischen Koalition" gehört – wie bereits erwähnt – u.a. die Fortschrittspartei von Alexej Nawalnij ist. Er sucht nach einem Partner, da seine Partei über keine Regionalabgeordnete verfügt und deshalb das hohe Unterschriftenquorum erfüllen müsste. Nawalnij darf aufgrund einer strafrechtlichen Verurteilung, die der Oppositionelle als "konstruiert" bezeichnet, nicht kandidieren. Und eine kürzlich vorgenommene Gesetzesänderung verbietet Politikern, die sich nicht selbst bewerben, im Wahlkampf als Redner aufzutreten.⁶ Zudem wirft der föderale Fernsehkanal "Rossija 1" Nawalnij vor, dieser arbeite für die CIA als "Friedensagent" am Zusammenbruch Russlands. Der Oppositionelle kündigte rechtliche Schritte gegen diese Behauptung an.⁷

⁵ Wedomosti vom 13.04.2016, S. 3.

⁶ Wedomosti vom 14.12.2015, S. 2.

⁷ Wedomosti vom 12.04.2016; Nesawisimaja Gaseta vom 12.04.2016, http://www.ng.ru/politics/2016-04-12/1_navalny.html.

2. Ausblick

Die außerparlamentarische Opposition kämpft mit schwierigen Rahmenbedingungen. Wie aus einer aktuellen Umfrage des kremlikritischen Umfrageinstituts "Lewada-Zentrum" hervorgeht, denken immer weniger Menschen, dass es in Russland eine Opposition gibt (54%) und es einer solchen überhaupt bedarf (52%).⁸ Als populärste Oppositionspolitiker werden die Vorsitzenden der nationalistischen LDPR (Vorsitzender: Wladimir Schirinowski) und der Kommunistischen Partei (Vorsitzender: Gennadi Sjuganow) genannt, obwohl diese den Staatspräsidenten, wie man es nach westlichem Verständnis von einem Oppositionspolitiker erwarten würde, nicht kritisieren. Liberale und andere Vertreter der außerparlamentarischen Opposition erzielen einen deutlich geringeren Zuspruch. Der Stv. Direktor des Lewada-Instituts Alexej Graschdankin führt aus, dass die Bereitschaft zu Protesten in der Bevölkerung wachse, die Menschen allerdings viel eher den Kommunisten auf die Straße folgen würden als Vertretern der sog. "nicht systemkonformen" Opposition. Im Vergleich zu 2011 könnten erneute Demonstrationen eine bereitere soziale Basis finden und deshalb einen heftigeren Verlauf nehmen, allerdings nicht unter der Parole "Russland ohne Putin". Der Politologe Dmitrij Oreschkin verweist auf den negativen Unterton, welchen der Begriff "Opposition" in seinem Land bei vielen auslöse. Während Oppositionsarbeit im westlich-europäischen Sinne ein legaler und wertgeschätzter Teil des politischen Lebens sei, gehöre die Opposition in Russland nicht zum politischen System. Dies erinnere, so Oreschkin, an die Zeiten der UdSSR. Damals habe die Staatsmacht den Dissidenten, die außerhalb des politischen Systems gestanden hätten, vorgeworfen, alles zerstören zu wollen. Daneben sehen sich herausgehobene Oppositionelle öffentlichkeitswirksamen Diffamierungen ausgesetzt, die von den Strafverfolgungsbehörden nicht unterbunden werden. So stützen sich kompromittierende TV-Beiträge immer wieder auf geheim aufgezeichnete Videos.

Vor diesem Kontext wagt der Verfasser dieses Beitrags folgende Prognose: Ob die Wachstumspartei überhaupt bis zur Wahl überregional aktiv bleibt, steht heute noch nicht fest. Eventuell hat ihre Belegung den Zweck, die Aufmerksamkeit des Wählers und der von Sponsoren in eine bestimmte kremlnahe Richtung zu kanalisieren. Handelt Boris Titow, der öffentlich Putin lobt, gar im Auftrag des Kremls? Ein Blick zurück: 2011 löste der unbekannte Andrej Dunaew kurz vor der Wahl den Milliardär Michail Prochorow als Vorsitzenden der "Rechten Sache" ab. Später wurde er zum Landrat des Gebiets Istra im Moskauer Gebiet ernannt – ohne politische Rückendeckung von oben wäre dies nicht möglich gewesen.

Zu einer echten Aktionseinheit zwischen Jabloko und Parnas wird es nicht kommen. Darauf verweist der ehemalige Co-Vorsitzende von Parnas Wladimir Rijschkow. Er stuft ein derart breites Bündnis aufgrund von Streitigkeiten in der Vergangenheit als unrealistisch ein.⁹ Unterdessen steht Parnas selbst und die auf Grundlage der Partei gebildete "Demokratische Koalition" vor der Zerreißprobe. Die besten Erfolgsaussichten unter den Kräften mit einer westlichen Ausrichtung hat Jabloko. Die Partei könnte bei der Wiederannäherung zwischen Moskau und Brüssel eine wichtige Rolle spielen. Dass sie weiterhin existiert und nicht diskreditiert wird, könnte darauf hindeuten, dass der Kreml solche Überlegungen hegt. Außerdem legt Jabloko einen großen Akzent auf die Sozialpolitik. Solche Fragen gewinnen wegen der schlechten Wirtschaftslage an Bedeutung. Bleibt die Aufgabe, einen Wahlkampf unter erschwerten Bedingungen zu führen: So hat die Staatsduma den Wahltermin vom Dezember auf Anfang September verlegt. Damit fällt der Wahlkampf in den August, also in eine Zeit, in der sich Millionen von Wählern auf ihrer Datscha befinden und für die Parteien schwer zu erreichen sind – ein Vorteil für etablierte Kräfte. Zudem hofft Jabloko auf stärkere Präsenz in den föderalen Fernsehkanälen.

Moskau, 13. April 2016

Dr. Markus Ehm
Leiter der Verbindungsstelle Moskau der Hanns-Seidel-Stiftung

⁸ Das Folgende nach: Wedomosti vom 14.03.2016, S. 3.

⁹ Nowaja Gaseta vom 02.03.2016, <http://www.nowaygazeta.ru/politics/72080.html>.